

Referendariatsplätze erhöhen, Ausbildungsbedingungen verbessern!

Information

Die GEW fordert ein Sofortprogramm für den Lehrernachwuchs. Unabhängig von der inhaltlichen und organisatorischen Neuorientierung der Lehrerbildung sieht die GEW akuten Handlungsbedarf, um dem unmittelbar drohenden Lehrkräftemangel zu begegnen:

1. Die GEW stellt fest, dass die Zahl der Stellen im Vorbereitungsdienst/ Referendariat in den letzten drei Jahren bundesweit von rund 23.000 auf über 30.000 jährliche Einstellungen ausgeweitet wurde, ein Wert, der aber bereits im Jahr 2000 kurzzeitig erreicht worden war. Diese Steigerung wird allerdings bei weitem nicht ausreichen, um die in den kommenden Jahren altersbedingt ausscheidenden Lehrkräfte durch voll ausgebildete Nachwuchskräfte zu ersetzen. Unter der Annahme eines konstanten Lehrer-Schüler-Verhältnisses, konstanter Teilzeitquoten und einer im System verbleibenden „Demografierendite“ ist eine Ausweitung der jährlichen Einstellungen in den Vorbereitungsdienst nach Berechnungen der GEW bundesweit um weitere 30 Prozent auf dann 39.000 pro Jahr erforderlich. Die GEW wird in allen Bundesländern entsprechende politische Vorstöße unternehmen und von den Landesregierungen verbindliche Aussagen zu den zukünftigen Einstellungsquoten verlangen.
2. Die zweite Phase der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern soll der Vernetzung von Theorie und Praxis dienen sowie dem Ziel, berufspraktische Handlungskompetenz zu erwerben. Die GEW fordert die Kultusministerkonferenz (KMK) auf, eine Festlegung aller Bundesländer auf einen einheitlichen, gleich langen Vorbereitungsdienst für alle Schulstufen und -formen herbeizuführen und so die gegenseitige Anerkennung des Vorbereitungsdienstes und der Lehramtsabschlüsse in den Bundesländern sicherzustellen. Die terminologische Unterscheidung in Lehramtsanwärter (ehemals gehobener Dienst) und Referendar/innen (ehemals höherer Dienst) ist zugunsten der einheitlichen Bezeichnung „Referendar/in“ und „Referendariat“ aufzugeben. Das Ziel muss sein, alle Lehrkräfte dem höheren Dienst zuzuordnen (bzw. in Ländern ohne Laufbahngruppen der Besoldungsgruppe A 13) und damit die Diskriminierung eines großen Teils der Lehrkräfte mit Hochschulabschluss gegenüber allen anderen Akademikerberufen zu beenden.
3. Die Anwärtergrundbezüge sind nach Auffassung der GEW mit 1.116 € brutto (späteres Lehramt A12) bzw. 1147 € brutto (späteres Lehramt A13) zu niedrig. Die GEW fordert eine einheitliche Besoldung für alle Lehramter und eine deutliche Anhebung der Anwärtergrundbezüge.
4. Die in den vergangenen Jahren stark gestiegene Abbrecherquote macht deutlich, dass die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Referendar/innen und Lehramtsanwärter/innen verbessert werden müssen. Im Zentrum des Referendariats muss die Ausbildung stehen und nicht die Deckung des Unterrichtsbedarfs. Es ist zu befürchten, dass in Rheinland-Pfalz im Zuge der Lehrerbildungsreform sich der eigenverantwortliche Unterricht von bisher sieben Stunden deutlich erhöhen wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies nicht geschieht, zumindest sollte im ersten Ausbildungsabschnitt der eigenverantwortliche Unterricht deutlich reduziert sein.

